

Redebeitrag von Stadtrat Mirko Stage für die Fraktion GRÜNE/future! zur aktuellen Debatte "Schulwegsicherheit in Magdeburg" in der Stadtratssitzung am 12.10.2023

Gut vier Jahre ist es her, dass wir im Sommer 2019 gemeinsam in die neue Wahlperiode starteten. Im Sommer 2023 ist somit der Zeitraum verstrichen, den ein Kind im Regelfall auf einer Grundschule verbringt. Und damit auch der Zeitraum, in dem Eltern zumindest darauf hoffen, dass ihre Hinweise, Anregungen, aber auch deutliche Kritik, die sie bezüglich der Schulwegsicherheit an den Stadtrat und die Verwaltung herangetragen haben, zu Verbesserungen führen sollte.

Darüber hinaus hatte die Verwaltung im vergangenen Schuljahr zumindest für einen Schulstandort deutliche Verbesserungen zum Schuljahresbeginn 2023/24 zugesagt. Nachdem die ersten Wochen des neuen Schuljahres hinter uns liegen und die ersten Erfahrungsberichte vorliegen, sind dies für uns gute und aktuelle Gründe, das Thema Schulwegsicherheit heute im Rahmen einer Aktuellen Stunde aufzugreifen.

Zurück zum Beginn der Wahlperiode und zum Schuljahr 2019/2020. Und sowohl bei uns als Fraktion als auch bei mir als Vorsitzenden des Ausschusses für Stadtentwicklung, Bauen und Verkehr gingen bereits in den ersten Monaten so viele Anfragen, aber auch Sorgen und Beschwerden von Eltern, Schulräten, Lehrer*innen, dass diese im Februar 2020 im Antrag A0043/20 "Verbesserung der Verkehrssicherheit im Umfeld von Grundschulen" mündeten.

Ausdrücklich unter Einbeziehung der Elternvertretungen sollten so für alle Grundschulen Aspekte wie

- zeitlich begrenzten Reduzierung auf Tempo 20 bzw. Einfahrts- oder Halteverbote
- Mittelinseln, Fußgänger*innenüberwege sowie weitere Querungshilfen
- Prüfung von Einbahnstraßenregelungen
- Einsatz von ehren- oder hauptamtlichen Verkehrslots*innen
- Einrichtung von Elternhaltstellen mit entsprechendem Abstand zur Schule
- Maßnahmen zur Verhinderung von durch PKW zugeparkten Fuß- und Radwegen
- Erstellung von Schulwegplänen (in Zusammenarbeit mit Schulleitung, Eltern und Polizei) geprüft und vorgelegt werden. Der Antrag wurde ohne Ausschussüberweisung einstimmig beschlossen.

Es wurden Fragebögen an die Sekretariate aller Grundschulen verschickt, nicht nur um eventuelle Probleme zu beschreiben, sondern auch Lösungsvorschläge abzufragen. Ein Viertel der Fragebögen kam nicht zurück. Aber die I0138/21 berichtet 19 Monate später: 9 Grundschulen meldeten Probleme zurück. An der Grundschule Kannenstieg, der dreisprachige Grundschule Peter-Paul-Straße und an der Grundschule Diesdorf wurden tatsächlich konkrete Maßnahmen zur Verbesserung der Schulwegsicherheit in Form von Schildern umgesetzt - dafür sei der Verwaltung ausdrücklich gedankt.

Für 6 andere Problemfelder lautete das Fazit: "Weitere Maßnahmen stehen nicht zur Verfügung.", "Es wurden keine Probleme festgestellt.", "Es konnte kein geeigneter Standort für eine solche Lösung gefunden werden.", "Es stehen hier keine weiteren Mittel zu Verbesserung des Schulweges zur Verfügung." usw.

Erstaunlich ist, dass zwei Grundschulen, die mehrere Probleme an die Verwaltung gemeldet hatten, zu ihrer eigenen Überraschung in der Stellungnahme gar nicht auftauchten. Elternvertreter*innen mehrerer Grundschulen kritisierten, dass sie, anders als vom Stadtrat gewünscht und beschlossen, nicht beteiligt wurden.

Schließlich zieht die Verwaltung in I0138/21 das nachfolgende Fazit:

"Abschließend betrachtet kann festgestellt werden, dass die AG Schulwegsicherheit durch ihre konstante schuljahresbegleitende Arbeit schon vor dem Auftreten von Problemen geeignete Maßnahmen veranlasst, umso im Rahmen der zur Verfügung stehenden Möglichkeiten, die Schulwege sicher zu gestalten. Gravierende Mängel in der Schulwegsicherheit konnten nicht

festgestellt werden. Sicherheit auf dem Schulweg ist vor allem abhängig vom Verhalten der Schüler und Eltern."

Gibt es somit keine Probleme? Sind wirklich die Schüler*innen und Eltern selbst schuld? Und nicht die fehlenden Querungshilfen, Radwege, Hol- und Bringezonen oder ähnliches? Haben wir somit optimale und sichere Schulwege in Magdeburg? Da wir heute diese Aktuelle Debatte beantragt haben, kennen Sie unsere Position dazu.

Denn für uns als Stadträtinnen und Stadträten sieht die Situation doch etwas anders aus. Zu folgenden 27 Schulstandorten wurden in den vergangenen Jahren Probleme mit der Schulwegsicherheit u.a. im Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen und Verkehr diskutiert. Meist durch Anfragen von Elternvertreter*innen ausgelöst:

Grundschule "Am Grenzweg"

Probleme durch PKW die im verkehrsberuhigten Bereich parken

Antwort: Lässt sich nicht ändern.

Grundschule Schmeilstraße

Hol- und Bringezone wäre wichtig.

Antwort: Geht nicht.

Grundschule Salbke

Hol- und Bringezone wird dringend benötigt

Antwort: Nicht möglich.

Grundschule Nordwest

Eltern wünschen Tempo 30 auf der Hugo-Junkers-Allee direkt vor der Schule.

Antwort: Geht nicht.

Grundschulen „Am Glacis“ und „Evangelische Grundschule“ am Glacis

Verkehrinsel im Bereich der Gerhart-Hauptmann-Straße - beschlossen, aber nicht realisiert.

Hol- und Bringezone im Bereich Adelheidring/ Gerhart-Hauptmann-Straße.

Antwort: Wird als nicht nötig angesehen.

Grundschule Am Westring

Zusätzliche Ampel Liebknechtstraße/Wilhelm-Kobelt-Straße wird benötigt

Antwort: Geht nicht.

Querungshilfe/Fußgängerinsel über die Straße „Zum Handelshof“ wäre hilfreich.

Antwort: Geht nicht.

Einführen Tempo 30 auf der Liebknechtstraße zwischen Arndtstraße und Westring.

Antwort: Geht nicht.

Albert-Einstein-Gymnasium

Tempo 30 auf dem Olvenstedter Graseweg vor der Schule.

Antwort: Bedarf "ist nicht begründet".

Grundschule Buckau

Querung der Karl-Schmidt-Straße in den Morgenstunden herausfordernd, seitdem das Tor zur Sandbreite geöffnet und diese keine Sackgasse mehr ist.

Antwort: "Im Vergleich zu vielen anderen Schulen ist die Verkehrssituation jedoch nicht problematischer." Also nein.

Grundschule Sudenburg

Querungshilfe über die Braunschweiger Straße dringend nötig.

Antwort: Standort ist nicht optimal.

Mehr Geschwindigkeitskontrollen, da PKW oft zu schnell fahren.

Antwort: "Das Fahrverhalten ist dort im Vergleich zu anderen Messstellen vor

Grundschulen nicht kritisch." Die Überschreitungen liegen ausschließlich im Verwarngeldbereich (unter 20 km/h Überschreitung).

Grundschule an Nordpark und Stiftungsgymnasium

PKW nutzen die Pappelallee teils mit überhöhter Geschwindigkeit als Abkürzung.

Antwort: Da können wir nichts machen.

Positiv: Auf der Pappelallee wurde immerhin eine provisorische Querungshilfe geschaffen, die auch aktuell rege genutzt wird.

Grundschule Diesdorf

Ausweisung einer Hol- und Bringzone auf der Straße Am Neuber.

Antwort: Nicht möglich.

Positiv: Mit einer vom Stadtrat beschlossenen Abpollerung konnte hier immerhin eine Verbesserung der Schulwegesicherheit erreicht werden.

Gemeinschaftsschule "Oskar Linke", Grundschule "Diesdorf" und "Schmeilstraße" Querungshilfe über die Beimsstraße Höhe Pappelallee

Antwort: Machen wir! Bisher steht die Umsetzung aber noch aus.

Grundschule Westerhüsen

Ampel/Zebrastreifen/Schülerlotsen für Überquerung der Sohlener Straße.

Antwort: Wird später geprüft. (Stand heute?)

Grundschule Ottersleben

Einrichtung eines Fußgängerüberweges.

Antwort: "Das sehen wir hier nicht" (Vor-Ort-Termin).

Einrichtung einer Hol- und Bringzone in der Brunnenstraße/ Schwanstraße

Antwort: Das müssen wir erstmal prüfen.

Positiv: in der Richard-Dembny-Straße konnte kurzfristig durch gemeinsame Nutzung mit der Fahrbibliothek eine provisorische Hol- und Bringzone errichtet werden.

Bezüglich der Grundschulen Alt Olvenstedt, Annastraße, Hegelstraße, Fliederhof, Pechauer Platz, Am Brückfeld, Moldenstraße, St. Mechthild erspare ich Ihnen mit Blick auf die Redezeit weitere Erläuterungen. Ich bin aber natürlich gerne bereit, diese auf Wunsch nachzureichen. Bleibt noch die Nachtweide mit dem Norbertusgymnasium, der Grundschule St. Mechthild und der Neuen Schule.

Die Kinder, die zum Schuljahr 2019/2020 eingeschult wurden, haben nun im Sommer 2023 in der Regel die Grundschule verlassen. Und bei allem Verständnis dafür, dass manche Prozesse in der Verwaltung länger dauern und nicht immer alle Maßnahmen sofort umgesetzt werden können, bleibt für den überwiegenden Teil der Eltern - das spiegeln die Rückmeldungen Monate nach ihrem Besuch in der Einwohnerfragestunde im Bauausschuss wider - das traurige Resümee: Unsere Anliegen wurden freundlich zur Kenntnis genommen und meist freundlich beantwortet. Aber passiert ist nichts. Die Eltern fühlen sich und ihre Hinweise nicht ernst genommen und haben das Gefühl, dass die Probleme meist ausgesessen werden.

Und auch die Diskussion im Ausschuss endete oft mit dem Resümee: Wir sehen das Problem, aber im Rahmen der rechtlichen Möglichkeiten sind uns die Hände gebunden und können nichts tun. Hätten wir aber ein Schulwegsicherungskonzept, könnten wir all die Querungshilfen, Zebrastreifen, Geschwindigkeitsbegrenzungen etc. zumindest ernsthaft prüfen. Und sicher auch einiges davon realisieren. Denn zum einen hätten wir dann einen größeren verkehrsrechtlichen Handlungsrahmen und zum anderen würden wir endlich die lange gewünschte Ist-Analyse der Situation an allen Schulen erhalten.

Und das ist spannend - und damit endet unsere Reise durch 4 Grundschuljahre in der Gegenwart: Zu Anfragen von Eltern im Frühjahr/Sommer 2023 zu den insgesamt 10 Schulstandorten Annastraße, Diesdorf, Hegelstraße, Fliederhof, Westring, Pechauer Platz,

Ottersleben, Am Brückfeld, Moldenstraße, St. Mechthild antwortete die Verwaltung bereits (Zitat aus einem Schreiben vom 07.07.2023):

"Die einzelnen Punkte Ihrer Anfrage werden im Rahmen der vom Stadtrat beschlossenen Erstellung eines Schulwegsicherungskonzeptes näher betrachtet."

Das hört sich gut an, denn jetzt haben die Eltern das Gefühl: Jetzt geht es endlich richtig vorwärts!

Schade ist nur, dass der Stadtrat den interfraktionellen Antrag A0019/23 "Erstellung eines Schulwegsicherungskonzeptes für das Stadtgebiet der LH Magdeburg" bisher gar nicht beschlossen hat, ja gar nicht beschließen konnte.

Denn am 16.02.2023 überwies der Stadtrat diesen Antrag zur Weiterberatung an die Fachausschüsse Bildung, Schule und Sport sowie Stadtentwicklung, Bauen und Verkehr. Seitdem würden diese Ausschüsse den Antrag sehr gerne weiterberaten und weiterqualifizieren, damit der Stadtrat dann einen Beschluss fassen kann. Doch die dafür erforderliche Stellungnahme der Verwaltung fehlt bis heute.

In gut einem halben Jahr geht die aktuelle Wahlperiode zu Ende. Und obwohl wir statt 4 sogar 5 Schuljahre Zeit hatten, sieht es derzeit nicht danach aus, dass wir bis dahin zumindest den Startschuss für das Schulwegsicherungskonzept beschließen zu können. Schuljahr um Schuljahr vergeht und die tatsächlichen Erfolge zur Verbesserung der Schulwegsicherheit sind allenfalls punktuell.

Um das zu ändern, lassen Sie uns heute bitte gemeinsam tatsächlich ein klares Signal setzen, dass den Schüler*innen, Eltern und Lehrkräften klar zeigt: Wir packen das Thema jetzt wirklich an!

Wir fordern konkret:

1) Kinder und Jugendliche sowie Eltern und Lehrer*innen sind in allen Planungsprozessen zu beteiligen. Egal ob es um neue oder bestehende Schulstandorte geht. Und insbesondere wenn es jetzt um das Schulwegsicherungskonzept geht.

2) Die baulichen Voraussetzungen dürfen nicht in erster Linie für einen möglichst schnellen MIV optimiert sein, sondern vorrangig für die Mobilität von Kindern. Im Umfeld von Schulen müssen eigenständig nutzbare Fuß- und Radwege sowie sichere Querungsmöglichkeiten selbstverständlich sein.

3) Das Halten und Parken direkt vor Schulen muss eingeschränkt werden. Stattdessen müssen „Elternhaltestellen“ bzw. Hol- und Bringezonen eingerichtet werden.

4) Alle Straßen, die laut Schulwegplänen von Kindern genutzt werden, sind prioritär fußverkehrs- und fahrradfreundlich zu gestalten. Auf ihnen muss Tempo 30 gelten. Die Einhaltung der genannten Maßnahmen ist stärker als bisher zu kontrollieren und zu ahnden.

Schulstraßen (Sperrung für motorisierten Verkehr vor Schulbeginn und nach Schulende) müssen dort in Erwägung gezogen werden, wo andere Lösungsversuche scheiterten.

5) Schulwege müssen grundsätzlich so gedacht werden, dass Kinder die Möglichkeit haben, ihren Schulweg selbstständig zu meistern und in ihrer eigenständigen Mobilität unterstützt werden. Dann werden auch die oft problematischen Elterntaxis weniger.

Damit dies gelingt fordern wir Sie, liebe Oberbürgermeisterin Simone Borris auf, spätestens bis zum Januar 2024 den Fachausschüssen die Behandlung des Antrages A0019/23 zu ermöglichen. Und die dafür nötige schriftliche Stellungnahme vorzulegen. Im Idealfall könnte eine gemeinsame Sitzung der Ausschüsse Bildung, Schule, Sport sowie Stadtentwicklung,

Bauen und Verkehr gemeinsam mit den Dezernaten 4 und 6 die nächsten Schritte, die Zuständigkeiten und einen realistischen Zeitplan diskutieren und dem Stadtrat vorschlagen.

Somit könnte der Stadtrat endlich ein Jahr nach Antragsstellung tatsächlich einen Beschluss fassen. Es könnte dann mit einer umfassenden IST-Zustandserfassung der jeweiligen Schulstandorte begonnen werden. Und es könnte eine Befragung der Schüler*innen, Eltern, Schulsekretariate, Lehrer*innen und Schulleitungen erfolgen, um den Erfahrungswert derjenigen, die den Schulweg täglich nutzen, zu erfassen und in der Defizit- und Gefahrenanalyse vollständig zu berücksichtigen.

Damit würden wir dann automatisch ein klares Signal an alle Betroffenen aussenden: Wir wollen Eure & Ihre Hinweise wirklich hören. Und wir wollen und werden diese ernst nehmen.

Wir als Fraktion GRÜNE/future! wünschen uns dabei sehr, dass wir gemeinsam - Stadtrat und Verwaltung - fraktionsübergreifend zusammenarbeiten mit dem gemeinsamen Ziel, die Schulwege für alle Kinder sicherer zu machen.

Es gilt das gesprochene Wort!

gez. Mirko Stage
Stadtrat